

Die Kriegsforschungsprogramme der RAG: Eine Analyse anhand der Projekte des Instituts für Weltwirtschaft (IfW) von 1939 bis 1944

Take, Gunnar

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Take, G. (2020). Die Kriegsforschungsprogramme der RAG: Eine Analyse anhand der Projekte des Instituts für Weltwirtschaft (IfW) von 1939 bis 1944. In S. Baumgart (Hrsg.), *Raumforschung zwischen Nationalsozialismus und Demokratie: Das schwierige Erbe der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung* (S. 38-47). Hannover: Verlag der ARL. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0156-4271047>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-ND Lizenz (Namensnennung-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-ND Licence (Attribution-NoDerivatives). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0>

Take, Gunnar:

**Die Kriegsforschungsprogramme der RAG. Eine Analyse
anhand der Projekte des Instituts für Weltwirtschaft (IfW)
von 1939 bis 1944**

URN: urn:nbn:de:0156-4271047



CC-Lizenz: BY-ND 3.0 Deutschland

S. 38 bis 47

In:

Baumgart, Sabine (Hrsg.) (2020):

Raumforschung zwischen Nationalsozialismus und Demokratie –
das schwierige Erbe der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung.

Hannover = Arbeitsberichte der ARL 29

Gunnar Take

DIE KRIEGSFORSCHUNGSPROGRAMME DER RAG. EINE ANALYSE ANHAND DER PROJEKTE DES INSTITUTS FÜR WELTWIRTSCHAFT (IFW) VON 1939 BIS 1944

Kurzfassung

Das Institut für Weltwirtschaft (IfW) gehörte zu den leistungsfähigsten Zentren der Wirtschaftsforschung in Deutschland. Ab Mitte der 1930er-Jahre reagierte das IfW bereitwillig auf die zivilen Anreize und dann ab 1939 auf die Kriegsforschungsprogramme der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung (RAG), um die staatliche Nachfrage nach Raumforschung zu befriedigen. Die Ökonomen waren gut über Kontexte und Verwendungszwecke informiert und akzeptierten die nationalsozialistischen Prämissen. Das IfW fungierte weder als Vordenker der NS-Politik noch empfahl es besonders radikale Maßnahmen. Es verstand sich als Dienstleister, welcher nicht mit spezialisierten Forschungsinstituten oder raumplanerischen Instanzen konkurrieren wollte. Es bot Beratungsleistungen an, die institutsseitig als unpolitisch betrachtet wurden. Im Rahmen der RAG zu forschen, wurde vom IfW als willkommene Möglichkeit zum Erhalt des wissenschaftlichen Know-hows gesehen. Dies war eine willkommene Ergänzung zum Kerngeschäft im Krieg, das aus dem stupiden Zusammentragen und Aufbereiten von Informationen bestand. Die Raumforschung des IfW war zur praktischen Verwendung intendiert und auch geeignet. Ob diese in der kurzen Zeit bis Kriegsende erfolgte, ist allerdings nicht nachweisbar.

Schlüsselwörter

Institut für Weltwirtschaft (IfW) – Kriegsforschung – Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung (RAG) – Zweiter Weltkrieg – Wirtschaftsgeschichte – Wissenschaftsgeschichte

The war research programmes of the RAG. An analysis based on the projects of the Institute for the World Economy (IfW) from 1939 to 1944

Abstract

The Institute for the World Economy (IfW) was among the most capable centres for economic research in Germany. From the mid-1930s it responded willingly to the incentives and from 1939 to the war research programmes of the Reich Association for Spatial Research (*Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung* – RAG), satisfying government demand for spatial research. The economists were well-informed about contexts and intended uses and accepted the National Socialist premises. The IfW neither acted as a mastermind of National Socialist policies nor did it recommend particularly radical measures. It functioned as a service provider that did not want to compete with specialised research institutes or spatial planning instances. The advice offered was regarded as being non-political. Conducting research within the framework of the RAG was seen by the IfW as an opportunity to preserve scientific know-how. This was a welcome addition to the core business of the institute during the war,

which consisted of the inane collection and preparation of information. The spatial research of the IfW was intended for practical use and was suitable for such. Whether this actually occurred in the short period before the end of the war cannot be determined.

Keywords

Institute for the World Economy (IfW) – War research – Reich Association for Spatial Research (RAG) – Second World War – Economic history – History of science

Dieser Beitrag zur Tagung „Von der RAG zur ARL“ im November 2019 beruht auf einem Forschungsprojekt zur Geschichte des Kieler *Instituts für Weltwirtschaft* (IfW) im Nationalsozialismus.¹ Nach einer kurzen Vorstellung des Instituts werden im Hauptteil ausgewählte Projekte beschrieben, die im Rahmen der Kriegsforschungsprogramme der *Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung* (RAG) von 1939 bis 1944 durchgeführt wurden. Die Analyse zeigt, dass die RAG ein hervorragend geeignetes Mittel war, um auch ein auf Eigenständigkeit, akademische „Objektivität“ und wirtschaftswissenschaftliche Methodenkontinuität bemühtes Institut für die Zuarbeit zur nationalsozialistischen Raumplanung und zur wirtschaftlichen Kriegführung zu aktivieren.

Das im Februar 1914 in Kiel gegründete IfW ist das älteste deutsche Wirtschaftsforschungsinstitut. Nach dem Vorbild der seinerzeit innovativen naturwissenschaftlichen Institute der *Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung von Wissenschaft und Forschung* (KWG) vereinte der Gründungsdirektor Bernhard Harms erstmals einen nennenswerten Stab an Ökonomen, eine Bibliothek sowie ein ausgedehntes Wirtschaftsarchiv unter einem Dach. Im Ersten Weltkrieg erfuhr das Institut einen steilen Aufstieg, als es begann, in großem Stil Begleitforschung zur Führung des Wirtschaftskrieges zu betreiben. Finanziert und abgewickelt wurde dies über eine noch heute bestehende Fördergesellschaft, der seinerzeit neben Industriefirmen und Wirtschaftsverbänden auch militärische Stellen angehörten. Es handelte sich dabei um ein frühes Beispiel eines industriell-militärisch-akademischen Komplexes, extrem praxisnah und nachfrageorientiert (ausführlicher Take 2015).

In der Weimarer Republik betätigte sich das IfW intensiv im neuen Feld der Konjunkturforschung und bildete den Kern einer vom Reichstag eingesetzten Enquete über den deutschen Außenhandel. Aus einem vergleichsweise hohen Grundetat, der paritätisch vom Staat Preußen und vom Reich bezahlt wurde, konnte das hervorragende Wirtschaftsarchiv sowie die bald beste wirtschaftswissenschaftliche Fachbibliothek des Kontinents aufgebaut und unterhalten werden. Vergleichsweise geringe Drittmittel von Stiftungen oder der *Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft* (DFG-Vorläufer) reichten somit aus, um mit erweitertem Personal einen beachtlichen zusätzlichen *Output* zu produzieren. In dieser Zeit zählte das Institut zur Weltspitze der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung (vgl. Hagemann 2008).

1 In der Monographie „Forschen für den Wirtschaftskrieg. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft im Nationalsozialismus“ bildet dessen empirische Raumforschung einen Schwerpunkt (Take 2019: 259-310).

Der von März 1934 bis Dezember 1945 amtierende IfW-Direktor Andreas Predöhl hatte bereits in den 1920er-Jahren zum Institut gehört und setzte darauf, viele der seit Gründung verfolgten Strategien fortzusetzen. Dazu gehörten:

- 1 eine Offenheit für neue Forschungsfelder,
- 2 ein hohes Interesse an Drittmitteln, insbesondere von der *Rockefeller Foundation* und der *Deutschen Forschungsgemeinschaft* (DFG),
- 3 eine stark empirische Ausrichtung,
- 4 eine Präferenz für interdisziplinäres Arbeiten und projektbezogene flexible Gruppenarbeit sowie schließlich
- 5 die für Angehörige alter akademischer Eliten typische demonstrative „Objektivität“, also eine vermeintlich strikte Trennung der Sphären „wissenschaftliche Forschung“ und „politische Umsetzung“.

Es handelte sich um eine wissenschaftliche Ausrichtung, die im NS-Regime eine hohe Wertschätzung erfuhr. Der Etat stieg in der zweiten Hälfte der 1930er-Jahre beträchtlich, ebenso in der Folge der Mitarbeiterstab. Politische und militärische Stellen des „Dritten Reiches“ hatten ein großes Interesse an einer Vernetzung mit dem Institut, ebenso wie die ohnehin regelmäßig um Beratung ersuchende Privatwirtschaft. Anders als nationalsozialistische Neugründungen wie etwa das Heidelberger *Institut für Großraumforschung* (Schultes 2010: 437-453) blieb das IfW bis ins Frühjahr 1945 hinein produktiv und konnte seinen Personalbestand selbst in der letzten Kriegsphase aufrechterhalten. Die gute Vereinbarkeit der ‚Kieler Strategie‘ mit dem ab 1935 auf Reichsebene institutionalisierten System der Raumforschung war eine Säule dieses Erfolgs.

Nach den auch an der Kieler Universität verübten Vertreibungen des Jahres 1933 wurden drei der vier Wirtschaftsprofessuren umbesetzt und auch konzeptionell neu ausgerichtet. In der zweiten Hälfte der 1930er-Jahre gab es jeweils einen Experten für Angloamerika (Predöhl), Skandinavien (Gerhard Mackenroth), Südeuropa (Harald Fick) sowie einen für die regionale Wirtschaft der Provinz Schleswig-Holstein (Hermann Bente). Letzterer leitete auch die schleswig-holsteinische *Hochschularbeitsgemeinschaft für Raumforschung* (HAG) und übernahm die Federführung in der Beratung der beim Oberpräsidium angesiedelten Landesplanungsgemeinschaft.

Die unter Bentes Leitung durchgeführten Forschungen waren zunächst thematisch und räumlich sehr eng begrenzt. Es ging beispielsweise um die Ansiedlung einer Fischkonservenfabrik in Flensburg, das Ölkreidebergwerk bei Heide oder die Muschelwirtschaft nahe Föhr.² Anders als an anderen Universitäten wurde hierfür kein neues Institut gegründet, sondern eine „Forschungsstelle für Schleswig-Holsteinische Wirtschaft“ eingerichtet. Sie funktionierte wie eine Abteilung des IfW, war jedoch formell

2 Diese drei Forschungsberichte aus den Jahren 1935 bis 1937 sind einsehbar in der *Deutschen Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften* (ZBW), Signaturen: C 24093, C 24084 und C 24078.

der Landesplanungsgemeinschaft unterstellt. Die Arbeiten waren von politischen Vorgaben motiviert, in ihrer Durchführung aber betont sachlich. Die zumeist von Doktoranden unter Zeitdruck geleistete Forschung fand zwar auf einem eher niedrigen Niveau statt, es handelte sich jedoch keineswegs um Phrasendrescherei bzw. Pseudowissenschaft. In den Berichten lassen sich insbesondere drei außerwirtschaftliche Ziele identifizieren:

- 1 verstärkte Siedlungen im Norden als völkischer Schutzwall gegen die Dänen,
- 2 Sicherung der „Nahrungsfreiheit“ des Reiches für den angestrebten Kriegsfall,
- 3 Dezentralisierung der Industrie aus „wehrpolitischen Gründen und Gründen der Rassenpflege“ (Predöhl 1939: 410).

Die Kieler Ökonomen erachteten die RAG von Beginn an als geeignetes Forum für teils auch kontrovers geführte Fachdiskussionen. Bezüglich der Definition der sogenannten „Notstandsgebiete“, einem der ersten Aufregerthemen der RAG, sprach sich der in Freiburg beim ordoliberalen Walter Eucken ausgebildete und von 1935 bis 1946 am IfW wirkende Fritz Meyer beispielsweise für einen strikt wirtschaftlichen Maßstab aus und schlug einen Index vor (Meyer 1937). Das sei objektiver als auf der Besiedlungsdichte fußende Konzepte wie etwa jenes der „Tragfähigkeit“ von Johann Wilhelm Ludowici (vgl. Fehn 2004: 124). Meyers Kieler Kollege Karl Casper wagte sich noch weiter vor. Den regional unterschiedlichen Einkommensniveaus sei nicht *a priori* ihre wirtschaftliche Existenzberechtigung abzusprechen (Casper 1937). Der mit der Volksgemeinschaftspropaganda verknüpfte Auftrag an den Staat zur Schaffung gleicher Lebensverhältnisse dürfe sich nicht einfach über die standortwirtschaftlichen Ursachen hinwegsetzen. Von Seiten der *Reichsstelle für Raumordnung* (RfR) wurden dieser und auch weitere Beiträge kritisiert, jedoch als im Rahmen des zugelassenen Meinungsspektrums liegend toleriert.³

Das IfW blieb auch in den späten 1930er-Jahren um Aktualität und Praxisrelevanz bemüht. Am 18. Oktober 1938 etwa, unmittelbar nach dem deutschen Einmarsch in das Sudetenland, stellte der Assistent Günther Dillner einen Bericht zur wirtschaftlichen Integration dieses Gebietes fertig (Dillner 1938). Im Auftrag der RAG erarbeitete Dillner später Anfang 1941 eine Denkschrift zur intensivierten Ausbeutung des sogenannten „deutschen Südostraums“ (Dillner 1941). Auch Karl Casper begrüßte es offenbar, sich nicht mehr nur mit provinziellen Themen beschäftigen zu müssen. Nach den ersten deutschen Eroberungen im Osten befasste er sich sofort mit den dadurch eröffneten Forschungsoptionen. Nachdem sich das IfW erfolgreich um RAG-Förderung beworben hatte, beantwortete Casper im März 1940 die Frage: „Welche Bedeutung hat der Ausbau der Weichsel und der Ostseehäfen für die künftige Ordnung des Ostseeraumes?“ (Casper 1940). Das Projekt war ein Bestandteil der Themengruppe IV des ersten RAG-Kriegsforschungsprogramms. Parallel wurde in Danzig zu den technischen Aspekten des Flussausbaus und in Königsberg zur verkehrspolitischen Bedeu-

3 Anmerkung der RfR: „[Die] Arbeit ist ein Nachweis, daß kein exakter Maßstab vorhanden ist, [...] bleibt aber im Negativen stecken“ (BArch R113/95 (Verzeichnis von Forschungsaufträgen 1936-1939)).

tung geforscht. In benachbarten Themengruppen bearbeitete man verwandte Fragen wie etwa „Umsiedlungen“ und Vertreibungen sowie, in der wohl bedeutendsten Themengruppe V unter Beteiligung Walter Christallers und Hans-Bernhard von Grünbergs, die künftige „Struktur und die zentralen Orte des Ostens“.⁴

Auf der im April 1940 einberufenen RAG-Reichsarbeitstagung wurde offen und kontrovers diskutiert:⁵ Casper votierte für eine „große Lösung“ des Weichselausbaus und unterstützte damit den Oberpräsidenten Schlesiens, Josef Wagner. Er errechnete ein unbedingt zu realisierendes Wachstumspotenzial von 30 Prozent. Dass zu der Beseitigung von angeblichen Fortschrittsbarrieren durch den Weichselausbau die Zwangsumsiedlung von 30.000 polnischen Bürgern gehören müsste, nahm Casper in Kauf. Ferner war allen Diskussionsteilnehmern klar, dass aus der wirtschaftspolitischen Umgestaltung und infrastrukturellen Anbindung der betreffenden Gebiete auch eine dauerhafte Festigung der mit militärischer Gewalt errungenen Kontrolle einhergehen sollte.

Soweit sich dies feststellen lässt, war Casper motiviert von technokratischem Eifer und Planungseuphorie, Nationalismus und antipolnischem Rassismus. Das war offenbar durchaus vereinbar mit seiner Sozialisation in der politischen Linken. Als Sohn eines Schneiders hatte er 1928 in der Karl-Marx-Schule in Berlin-Neukölln das Abitur ablegen können und den wichtigsten Teil seines Studiums im IfW absolviert, das unter Harms bis 1933 noch sozialdemokratisch und liberal geprägt war. Auch sein Doktorvater und späterer Vorgesetzter Predöhl war zu Beginn der 1920er-Jahre SPD-Mitglied gewesen. Ebenso verhielt sich dies mit Walther G. Hoffmann, der bis Ende 1932 Leiter einer Arbeitervolkshochschule gewesen war, dann sehr rasch auf das NS-Regime umschwenkte und wie Predöhl 1937 einen erfolgreichen NSDAP-Aufnahmeantrag stellte. Nach einem raschen Aufstieg vom außerplanmäßigen Assistenten zum Redaktionssekretär (ab 1935) und Abteilungsleiter (ab 1938) wurde Hoffmann damit betraut, alle Verhandlungen des Instituts mit der *Südosteuropagesellschaft* zu führen. NS-Ideologiebestandteile wie Antisemitismus, eine Befürwortung des Totalitarismus oder des „Führerprinzips“ sind nur bei wenigen IfW-Mitarbeitern oder -Mitarbeiterinnen nachweisbar. Die Mehrzahl verstand sich als gemäßigt und international orientiert. Es wurde beispielsweise hoher Wert darauf gelegt, bis in die späten 1930er-Jahre von der amerikanischen *Rockefeller Foundation* gefördert zu werden (ausführlich Take 2018). Zu nennen wäre etwa der spätere Bundeswirtschafts- und Finanzminister Karl Schiller, damals Habilitand in Kiel und Leiter einer lange mit US-Dollar finanzierten Forschungsgruppe.

Die RAG-Forschungsprogramme waren besonders gut geeignet, die Kieler für die Forschungen im Sinne des „Dritten Reichs“ zu mobilisieren. Im IfW wollte man fachlich einwandfreie Arbeit leisten und in der Durchführung der Projekte eigenverantwortlich sein. Man bezog sich wie gehabt auf die Standorttheorie Adolf Webers, befürwortete die Theorie der *Output*-Maximierung durch Freihandel und Spezialisierung und legte den Denkmodellen weiterhin das Menschenbild eines *Homo Oeconomicus* zugrunde. Die Technik der RAG-Programme war damit sehr gut vereinbar. Hier durften die Wis-

4 Bericht über die Reichsarbeitstagung der RAG am 11.-13.04.1940 in Berlin (BArch R113/91).

5 Ebd.

senschaftler bei der Aufstellung der Jahresprogramme beratend mitwirken, sich dann mit einzelnen Projekten auf die Mittel bewerben und diese dann autonom durchführen. Die Selbstmobilisierung simulierte ein hohes Maß an Forschungsfreiheit und so die Erfüllung des Ideals des „Unpolitischen“. Auch konnte das IfW sich weitgehend auf jene Gebiete konzentrieren, in denen es spezielle Expertisen besaß. Denn die Arbeitsteilung im Rahmen der RAG gewährleistete, dass sich andere Wissenschaftler um Themen wie etwa „Rasseuntersuchungen“ bezüglich der Weichsel-Region kümmerten (vgl. Gutberger 1996: 365; siehe auch Gutberger in diesem Band). Hilfreich für die Motivation war auch, dass – soweit rekonstruierbar – kein einziger Förderantrag des IfW abgelehnt wurde. Projektlaufzeiten wurden unbürokratisch und zum Teil mehrfach verlängert.

Monetäre Motive waren im Fall des IfW für die Betätigung im Rahmen der RAG nur von nachrangiger Bedeutung. Finanziell war das Institut im Krieg so gut ausgestattet, dass es neben den Schwarzen Kassen sogar offizielle Überschüsse erwirtschaftete. Auch auf Unabkömmlichkeitsstellungen kam es dem IfW nicht an. Die für die männlichen Assistenten überlebenswichtigen Uk-Stellungen erhielt man im IfW auf anderem Wege: in der ersten Kriegshälfte durch die Forschungen für das *Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt* der Wehrmacht und ab 1943 als ein von Albert Speers *Rüstungsministerium* protegierter Wehrwirtschaftsbetrieb.

Im Herbst 1940 folgte das IfW dem Schwerpunktwechsel des zweiten RAG-Kriegsforschungsprogramms hin zu Südosteuropa.⁶ Hoffmann profilierte sich als Infrastrukturerperte und analysierte, wie mittels des Sudetenlands und Österreichs die blockadesichere Versorgung Deutschlands aus der Balkanregion verbessert werden könnte. Die RAG-Förderung dieses Weichsel-Anschlussprojekts betrug 3.000 RM. Das lag am oberen Ende des üblichen Rahmens für eine ohne großen Aufwand durchzuführende Einzelstudie.

Hoffmann oblag es dann auch, ein im Rahmen des dritten RAG-Kriegsprogramms 1941 begonnenes IfW-Großprojekt zur „europäischen Raumordnung“ zu leiten. Es bestand aus drei Stufen. Zu Beginn beschrieb Hoffmann die Zielperspektive eines vernetzten und regional hochspezialisierten Systems einer europäischen Agrarwirtschaft mit dem Reich als größtem Profiteur (Hoffmann, W. G. 1943). Von diesem administrativen Zentrum und dieser infrastrukturellen Drehscheibe sollte das übrige Festlandeuropa abhängig gemacht werden. Dies diente drei Zwecken: Zunächst einmal sollte die wirtschaftliche Stärke dieses industriellen großdeutschen Kerngebietes (in den Grenzen des damaligen Deutschen Reiches) die militärisch errungene Übermacht über die fortgesetzt agrarisch geprägten Staaten langfristig absichern. Des Weiteren sollten mittels der Hemmung der Industrialisierung der südosteuropäischen Staaten die Handelsbedingungen (*Terms of Trade*) dauerhaft zu deutschen Gunsten verschoben bleiben. Schließlich sollte aus der wirtschaftlichen Spezialisierung und dem intensivierten Handel auch für den „Südostraum“ ein gewisser Wohlstandsgewinn resultieren, der die Kooperationsbereitschaft der südosteuropäischen Staaten sicherstellte.

6 Siehe Kapitel IV („Ausdehnung der bisher vorwiegend auf den deutschen Nordostraum beschränkten kriegswichtigen Untersuchungen auf den deutschen Südostraum“) des zweiten RAG-Kriegsforschungsprogramms, 11.11.1940 (BArch R113/14).

In einer zweiten Stufe stellte das IfW ab 1943 Fallstudien an. Demnach sollten etwa Dänemark und die Niederlande ihre Viehhaltung behalten dürfen, die Balkanstaaten sollten sich dagegen auf den Ackerbau beschränken (Mutter 1943; IfW 1945). Begründet wurde diese Ungleichbehandlung von „arischen“ Nordosteuropäern und slawischen Südosteuropäern nicht offen rassistisch, sondern betont strikt ökonomisch. Die dritte Stufe, die Zusammenfassung aller Ergebnisse, wurde durch die Kriegsniederlage verhindert.

Der Verlauf der ersten drei Kriegsjahre eröffnete zwei weitere Regionen als potenzielle deutsche Machtbereiche: Das subsaharische Afrika und die westliche Sowjetunion. Das IfW wollte sich auch mit diesen Themen befassen. Initiiert wurde unter anderem das Projekt „Die Bedeutung der russischen Landwirtschaft zur Versorgung Europas [später: Deutschlands]“. Mit einer Fördersumme von insgesamt 75.000 RM über den Zeitraum von 1942 bis 1944/45 handelte es sich um das teuerste geschlossene IfW-Drittmittelprojekt im „Dritten Reich“ überhaupt.⁷ Das Institut hatte sich allerdings bis dahin mit der Region noch fast gar nicht beschäftigt und musste das entsprechende fach- und sprachkundige Personal erst anwerben.

Die RAG genehmigte zwei Themenbereiche: Erstens Rekonstruktionen und Prognosen zur sowjetischen Getreideernte sowie zweitens eine Darstellung der Geographie Ostsibiriens. Aus demselben RAG-Fördertopf zur „Europäischen Raumordnung – Unterpunkt B. Osteuropa“ – wurden weitere externe Projekte finanziert. Dazu gehörten die Forschungen des dezidiert nationalsozialistisch ausgerichteten Wissenschaftlers Hans-Jürgen Seraphim (Breslau) über Polen sowie das „Gesamtprogramm Ukraine“ von Paul Berkenkopf (Köln) und Wladimir von Poletika (Berlin). Sie alle hatten sich mit dem RAG-„Obmann für Russland-Vorhaben“ John Boyens abgesprochen.⁸ Für Seraphim, Berkenkopf und Poletika ist auch eine Absprache mit dem *Reichssicherheitshauptamt* (RSHA) und Alfred Rosenbergs *Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete* (auch *Ostministerium*) belegt, die unter anderem zu einer Forschungsreise in die Ukraine führte, bei der unter anderem Bibliotheken aller Art sowie Forschungsinstitute beraubt wurden. Vom IfW nahm daran niemand teil und auch eine diesbezügliche Absprache mit dem *Reichssicherheitshauptamt* oder dem *Ostministerium* ist für das IfW nicht belegt. Dennoch zähle ich die Kieler Forschungen aufgrund des RAG-Zusammenhangs ebenfalls zum erweiterten Kreis der Begleitforschung zu den Verbrennungskomplexen „Generalplan Ost“ und „Hungerplan“.

Die Afrikaforschung schließlich war ab 1940 von der RAG unter anderem in Abstimmung mit dem *Kolonialpolitischen Amt der NSDAP* intensiviert worden. Ein Interesse der *Reichsstelle für Raumordnung* ist belegt (vgl. Venhoff 2000: 45). Sie wollte erforscht wissen, wie Afrika als Rohstofflieferant eines Europäischen Großraums ausgebeutet werden sollte. RAG-Hauptabteilungsleiter Friedrich Bülow mahnte Ende 1941, die Forschungen würden „für unsere weiteren Verhandlungen dringend“ benötigt.⁹

7 Anträge an die RAG für die Haushaltsjahre 1941/42, 1942/43, 1943/44, 1945/46 (BArch R164/352).

8 Anmerkung von Boyens auf dem Antrag Berkenkopfs, 16.10.1943 (BArch R164/352).

9 Stadtarchiv Heidenheim, NL August Lösch, Box 1, Mappe Kenia.

Das IfW war die Aufgabe wie in den meisten Fällen angegangen: stark empirisch und vorgeblich ideologiefrei. Die afrikanischen Bevölkerungen wurden als entmenschlichter Produktionsfaktor betrachtet (Lenschow 1941). Darüber hinausgehende politische Erwägungen überließ man den Verwertern der Raumplanungsstudien. Der junge Assistent Gerhard Lenschow führte eine einfache *Input-Output-Analyse* durch und kam zum Ergebnis, eine Ausbeutung im Stil des britischen *indirect rule* mit einem begrenzten Einsatz von Kolonisatoren sei am effizientesten (Lenschow 1942).

Mit einem ab Herbst 1943 von der RAG geförderten Forschungsprojekt zur Wirtschaft Schleswig-Holsteins kehrte das IfW thematisch zum Ausgangspunkt Mitte der 1930er-Jahre zurück (Hoffmann, F. 1943). Der Kriegsverlauf ließ die Nachfrage nach Raumforschungen zu den sukzessive wieder der deutschen Kontrolle entzogenen Gebieten sinken, sodass sich das IfW in diesem Themenbereich räumlich wieder der eigenen Region zuwandte. Dies gelang in diesem Forschungsbereich vergleichsweise unkompliziert, ebenso wie später der Übergang in die Nachkriegszeit. Gemanagt wurde dies durch den kommissarischen Institutsdirektor Friedrich Hoffmann, Bearbeiter des zuletzt genannten Projekts. An die Stelle der RAG und der Landesplanungsgemeinschaft traten binnen kurzer Zeit die Lokal- und Regionalverwaltungen, die beispielsweise Vorschläge für den Wiederaufbau des Lübecker Hafens oder des Kieler Fischmarktes in Auftrag gaben.

Aus der Analyse des Verhältnisses zwischen der RAG und dem *Kieler Institut für Weltwirtschaft* (IfW) im Zweiten Weltkrieg ergeben sich sieben Thesen:

- 1 Weder in Bezug auf Forschungsthemen noch in Bezug auf Personalrekrutierung agierte das IfW *proaktiv*. Mit seiner Raumforschung reagierte das Institut aber bereitwillig auf die Nachfrage staatlicher Stellen nach wissenschaftlicher Beratung und auf die Anreize, welche mit den Kriegsforschungsprogrammen gesetzt wurden.
- 2 Den Kriegsforschungsprogrammen lagen nationalsozialistische Prämissen zugrunde, die von den über Kontexte und intendierte Verwendungszwecke gut informierten Wissenschaftlern verstanden und akzeptiert wurden.
- 3 Daraus folgt, dass das IfW nicht als Vordenker aktiv wurde, wie dies etwa Götz Aly und Susanne Heim mit Verweis auf das IfW behauptet haben (Aly/Heim 1991; konkreter bei Dieckmann 1992). Weder identifizierten die Kieler Wissenschaftler „Probleme“, die es zu lösen gegolten hätte, noch bestimmten sie durch Konzentration auf bestimmte Themenfelder Handlungskorridore der Wirtschaftspolitik. Sie empfahlen auch keine besonders radikalen sozialpolitischen Maßnahmen.
- 4 Das IfW sah sich als Dienstleister, welcher nicht mit wirtschaftspolitischen oder raumplanerischen Instanzen konkurrieren wollte. Es bot Beratungsleistungen an, die intern als „unpolitisch“ klassifiziert wurden.

- 5 Für die Wissenschaftler des IfW war die Raumforschung aus mehreren Gründen attraktiv:
- Die Fördergelder der Kriegswirtschaftlichen Forschungsprogramme wurden schnell verteilt, flexibel erhöht und Förderungszeiträume verlängert.
 - Es wurde viel Raum für Eigeninitiative gelassen.
 - Interdisziplinäre und stark empirische Ansätze waren gerne gesehen.
 - Kollegiale, projektbezogene Gruppenarbeit lag in der Institutstradition. Auch in der Kooperation und vernetzten Ergebnisauswertung mit anderen Instituten oder Universitäten im Rahmen der RAG-Arbeitskreise konnte das IfW seine jahrzehntelange Erfahrung ausspielen.
- 6 Die RAG-Forschung wurde von den Kieler Wissenschaftlern als innovativ und wissenschaftlich angesehen. Damit war sie eine willkommene Ergänzung zum Kerngeschäft im Krieg, das aus dem stupiden Zusammentragen und Aufbereiten von Informationen für die Wehrmacht, die Privatwirtschaft und diverse Ministerien bestand. Über die RAG-Forschung erhoffte sich der IfW-Direktor Predöhl einen Erhalt des ökonomischen Know-hows des IfW und damit als Fernziel einen erleichterten Übergang in die Nachkriegszeit. Diese Strategie ging auch auf. Teils wurden RAG-Aufträge als Dissertations- oder Habilitationsthemen bearbeitet und dienten somit der Nachwuchsförderung und wissenschaftlichen Qualifikation.
- 7 Die Raumforschung des IfW war zur praktischen Verwendung intendiert und auch geeignet. Ob diese erst in der kurzen Zeit bis zur Kriegsendphase erfolgte, ist allerdings nicht konkret nachweisbar. Mindestens konnten sie jedoch als „vermeintlich realistische Zukunftsvision [dienen] [...], welche die verübten Verbrechen zu legitimieren schien“ (Heinemann/Wagner 2006: 18).

Quellen

BArch Berlin – Bundesarchiv Berlin
 BArch R113 – Bundesarchiv Berlin, Bestand 113 (Reichsstelle für Raumordnung)
 BArch R164 – Bundesarchiv Berlin, Bestand 164 (Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung)
 Stadtarchiv Heidenheim, NL (Nachlass) August Lösch
 ZBW – Deutsche Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften

Literatur

Aly, G.; Heim, S. (1991): Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung. Hamburg.
 Casper, K. (1937): Die Volkseinkommenszahl als Notstandsschlüssel am Beispiel der Nordmark. In: BArch R164/17.
 Casper, K. (1940): Die Bedeutung des Ausbaues der Weichsel für die wirtschaftliche Entwicklung des neuen deutschen Ostraumes, März 1940. In: BArch R164/128.
 Dieckmann, C. (1992): Wirtschaftsforschung für den Großraum. Zur Theorie und Praxis des Kieler Instituts für Weltwirtschaft und des Hamburger Welt-Wirtschafts-Archivs im „Dritten Reich“. In: Aly, G.; Kahrs, H. (Hrsg.): Modelle für ein deutsches Europa. Ökonomie und Herrschaft im Großwirtschaftsraum. Berlin, 146-238.

- Dillner, G. (1938): Die Struktur der sudetendeutschen Wirtschaft (mit Berücksichtigung einiger Eingliederungsprobleme), 18.10.1938. In: ZBW, C 6530.
- Dillner, G. (1941): Die verkehrswirtschaftliche Bedeutung des deutschen Südostraumes in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Altreich und den südosteuropäischen Ländern, 18.03.1941. In: ZBW, C 6288.
- Fehn, K. (2004): „Ballungsräume“ und „Notstandsgebiete“: Kernräume und Peripherien in der nationalsozialistischen Raumordnung. In: Siedlungsforschung. Archäologie – Geschichte – Geographie 22, 119-143.
- Gutberger, H. (1996): Volk, Raum und Sozialstruktur. Sozialstruktur- und Sozialraumforschung im „Dritten Reich“. Münster.
- Hagemann, H. (2008): Weltklasse für sieben Jahre. Die Konjunkturabteilung des Instituts für Weltwirtschaft 1926-1933. In: Christiana Albertina 67, November 2008, 52-70.
- Heinemann, I.; Wagner, P. (2006): Einleitung. In: Heinemann, I.; Wagner, P. (Hrsg.): Wissenschaft – Planung – Vertreibung. Neuordnungskonzepte und Umsiedlungspolitik im 20. Jahrhundert. Stuttgart.
- Hoffmann, F. (1943): Antrag zur Förderung des Projekts „Untersuchung der Wirtschaftsstruktur des schleswig-holsteinischen Raumes unter besonderer Berücksichtigung seiner Beziehungen zu angrenzenden Wirtschaftsgebieten“. RAG-Nachtragsprogramm 1943. In: BArch R164/352.
- Hoffmann, W. G. (1943): Die Intensivierungsmöglichkeiten in der europäischen Landwirtschaft. I. Teil: Grundsätzliche Fragen der landwirtschaftlichen Intensivierung, März 1943. In: BArch R164/100.
- IfW (o.V.) (1945): Die Landwirtschaft im ehemals grossrumänischen Raum, Januar 1945. In: BArch R164/178.
- Lenschow, G. (1941): Die Wirtschaft der Kolonien Kenia und Uganda, Mai 1941. In: ZBW, C 28377.
- Lenschow, G. (1942): Probleme der Wirtschaftsplanung in Ostafrika (Eingeborenenwirtschafts- oder Farmwirtschaftskolonie?), September 1942. In: ZBW, C 6317.
- Meyer, F. (1937): Methoden zur Ermittlung von Notstandsgebieten. Kiel, 69. In: ZBW, C 6542.
- Mutter, A. (1943): Die Intensivierungsmöglichkeiten in der europäischen Landwirtschaft. II. Teil: Die Möglichkeiten in einzelnen Ländern. 2. Die hochintensive Landwirtschaft der Niederlande, ihre Probleme und Möglichkeiten, November 1943. In: ZBW, C 7323.
- Predöhl, A. (1939): Redebeitrag zu Rath: Die Wendung zur Volkswirtschaft als Aufgabe volkswirtschaftlicher Theorie. In: Weltwirtschaftliches Archiv 50, 405-414.
- Schultes, K. P. (2010): Die Staats- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Heidelberg 1934-1946. Heidelberg.
- Take, G. (2015): „Die Objektivität ist durch sein Wesen verbürgt“. Bernhard Harms' Gründung des Kieler Instituts für Weltwirtschaft und sein Aufstieg im Ersten Weltkrieg. In: Demokratische Geschichte 26, 13-74.
- Take, G. (2018): „One of the bright spots in German economics“. Die Förderung des Kieler Instituts für Weltwirtschaft durch die Rockefeller Foundation, 1925-1950. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 59, 1, 251-328.
- Take, G. (2019): Forschen für den Wirtschaftskrieg. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft im Nationalsozialismus. Berlin.
- Venhoff, M. (2000): Die Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung (RAG) und die reichsdeutsche Raumplanung seit ihrer Entstehung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges 1945. Hannover. = Arbeitsmaterial der ARL 258.

Autor

Gunnar Take (*1988), Dr., studierte Jura, Geschichte und Wirtschaftswissenschaften in Berlin, Heidelberg und Oxford. Bis 2017 promovierte er an der EUF Flensburg mit einem Projekt zur Geschichte des IfW im „Dritten Reich“. Seit 2018 forscht er am Institut für Zeitgeschichte in München zum Personal und der Personalpolitik des Bundeskanzleramts (1949-1970).